

3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Ranis vom 02.06.2014

Aufgrund des § 19 Abs.1 und § 20 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl.S.41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Oktober 2013 (GVBl. S. 293, 295) hat der Stadtrat der Stadt Ranis in seiner Sitzung am 27.02.2014 unter BS Nr. 11/2014 folgende 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Ranis vom 06.10.2003 (bekannt gemacht im Amtsblatt der VGS am 17.10.2003, 1. Änderungssatzung vom 01.09.2008 bekannt gemacht am 12.09.2008 und 2. Änderungssatzung vom 20.08.2009 bekannt gemacht am 11.09.2009) beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ranis

1. Der § 4 (Unterrichtung der Einwohner) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

(1) Der Stadtrat unterrichtet die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Ranis-Ziegenrück, der die Stadt Ranis angehört.

Das Amtsblatt trägt den Titel: „Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Ranis-Ziegenrück“.

2. Der § 4 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

(2) Der Bürgermeister beruft mindestens einmal jährlich eine Einwohnerversammlung ein, um die Einwohner über wichtige Gemeindeangelegenheiten, insbesondere über Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die ihre strukturelle Entwicklung unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder über Angelegenheiten, die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind, zu unterrichten und diese mit ihnen zu erörtern. Der Bürgermeister lädt spätestens eine Woche vor der Einwohnerversammlung unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung in ortsüblicher Weise (Aushang in den Schaukästen) öffentlich zur Einwohnerversammlung ein.

3. Der § 4 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

(3) Dem Bürgermeister obliegt die Leitung der Einwohnerversammlung. Er hat im Rahmen der Erörterung den Einwohnern in ausreichendem Umfang Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Soweit dies erforderlich ist, kann der Bürgermeister zum Zweck der umfassenden Unterrichtung Gemeindebedienstete und Sachverständige hinzuziehen.

4. Der Abs. 4 des § 4 wird gestrichen. Der Abs. 5 des § 4 wird Abs. 4 und es wird folgender Satz angefügt:

(4) ... Ausnahmsweise kann der Bürgermeister Anfragen auch innerhalb einer Frist von drei Wochen schriftlich beantworten.

5. Der Abs. 6 des § 4 wird Abs. 5.

6. Der § 5 (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) wird wie folgt aufgenommen:

§ 5 Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

- (1) Über den Antrag auf Zulassung eines Bürgerbegehrens entscheidet die Stadtverwaltung innerhalb von vier Wochen nach Eingang des schriftlichen Antrags bei der Stadtverwaltung. Vor einer ablehnenden Zulassungsentscheidung sollen die Vertreter des Bürgerbegehrens angehört werden.
- (2) Der Inhalt der Eintragungslisten ergibt sich bei freier Unterschriftensammlung aus § 17 a Abs. 2 Satz 1 und 2 ThürKO und bei Eintragung in amtlich ausgelegte Eintragungslisten aus § 17 b Abs. 2 Satz 1 und 2 ThürKO. Die Eintragungslisten enthalten zudem Spalten für die Nummerierung der Eintragungen und für die amtlichen Prüfvermerke zu den Eintragungen.
- (3) Die Eintragungen sind innerhalb einer Eintragungsliste fortlaufend zu nummerieren. Die Eintragung kann vom Unterzeichner ohne Angabe von Gründen bis zum letzten Tag der Eintragsfrist schriftlich widerrufen werden. Für die Rechtzeitigkeit des Widerrufs kommt es auf den Eingang bei der Stadtverwaltung an. Eintragungen sind ungültig,
 - a) die von Personen stammen, die am letzten Tag der Sammlungsfrist nicht wahlberechtigt sind;
 - b) bei denen die eigenhändige Unterschrift fehlt oder
 - c) bei denen die eingetragenen Personen wegen undeutlicher Schrift oder unvollständiger Angaben nicht klar zu identifizieren sind.

Doppel- und Mehrfacheintragungen gelten als eine Eintragung.

- (4) Der Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides kann von den Vertretern des Bürgerbegehrens bis zum Tag vor der Beschlussfassung des Stadtrates über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zurückgenommen werden.
- (5) Der Bürgermeister leitet die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheides (Abstimmungsleiter). Er kann mit der Führung der laufenden Geschäfte einen Bediensteten der Stadtverwaltung beauftragen.
- (6) Die amtlichen Stimmzettel für den Bürgerentscheid müssen den Antrag im Wortlaut enthalten und so gestaltet sein, dass der Antrag mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann. Die Stimme darf nur auf „Ja“ oder „Nein“ lauten. Der Abstimmende kennzeichnet durch ein Kreuz oder auf andere Weise auf dem Stimmzettel, ob er den gestellten Antrag mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten will.
- (7) Die Entscheidungen im Zusammenhang mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ergehen kostenfrei.

7. Der Abs. 1 des § 12 (Öffentliche Bekanntmachung) wird wie folgt gefasst:

§ 12 Öffentliche Bekanntmachung

(1) Satzungen und Beschlüsse der Stadt werden öffentlich bekannt gemacht durch ihre Veröffentlichung im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Ranis-Ziegenrück unter dem im § 4 Abs. 1 Satz 2 benannten Titel. Über den Zeitpunkt amtlicher Bekanntmachungen ist ein Nachweis zu führen.

**Artikel 2
In-Kraft-Treten**

Diese Änderungssatzung tritt am ersten Tag des auf die Bekanntmachung folgenden Monats in Kraft.

Ranis, 02.06.2014
Stadt Ranis

Andreas Gliesing
Bürgermeister



Bekanntmachungshinweis zur 3. Änderungssatzung der Hauptsatzung

Verstöße wegen der Verletzung von Verfahrens – oder Formvorschriften, die nicht die Ausfertigung und diese Bekanntmachung betreffen, können gegenüber der Stadt geltend gemacht werden. Sie sind schriftlich unter Angabe der Gründe geltend zu machen. Werden solche Verstöße nicht innerhalb einer Frist von einem Jahr nach dieser Bekanntmachung geltend gemacht, so sind diese Verstöße unbeachtlich.

Bekanntmachungsvermerk

Bekanntgemacht im Amtsblatt der VGS Ranis-Ziegenrück am:
("Oberlandbote") Jg. 24 , Nr. , S. ;

Verfahrensvermerk

Eingangsbestätigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 12.03.2014
und von dieser gewürdigt mit Schreiben vom

Ranis,

Andreas Gliesing
Bürgermeister